

Ausverkauf in Winterthur

Wenn meine Stelle privatisiert wird

Eine echte Privatisierungswelle ist über Winterthur hereingebrochen. Das Kantonsspital, die integrierte Psychiatrie, das Stadtwerk, die Alters- und Pflegezentren, das Stadttheater, die Gärtnerei und ganz schleichend die Reinigung. Alle diese Bereiche sollen in einer Form privatisiert werden. Dabei wird oft in grosser Flughöhe diskutiert. Aber was bedeuten diese drohenden Privatisierungen für die Mitarbeitenden?

Was ist die Privatisierungswelle?

Mit TISA zur Abschaffung der Demokratie?

Seit 2012 verhandelt die Schweiz in Genf mit 22 weiteren Ländern ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Zielsetzung ist die Deregulierung der Dienstleistungen – dazu zählt auch der ganze Service public, von der Energieversorgung bis zur Sozialversicherung.

Was ist die TISA?



Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Angestossen von einer bürgerlichen Mehrheit verfolgt die Stadt das Projekt «Verselbständigung der Stadtwerke». Aus Sicht von Stadtwerk und des zuständigen Stadtrates ist das Ziel einer integralen Umwandlung unserer Stadtwerke in eine Aktiengesellschaft klar gesetzt, seit mehr als einem Jahr arbeitet ein Unternehmensentwickler an diesem Auftrag.

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Gesundheit gehört allen!

Der Ursprung für den «Pseudo-Markt» im Gesundheitswesen war die Einführung der Fallpauschalen (DRG) in den Spitälern durch die KVG-Revision von 2007. Diese galt auch als Startschuss für die anstehende Privatisierungswelle im Gesundheitswesen und für die konkreten Ideen von Gesundheitsdirektor Heiniger, die Spitäler im Kanton Zürich einem scheinbar freien Markt zu übergeben.

Grundsätzlich spielt es für die Mitarbeitenden keine Rolle, in welcher Form privatisiert wird. Ob AG, GmbH, Stiftung usw., die Mitarbeitenden machen in aller Regel den Wechsel vom öffentlichen Recht hin zum privaten Recht. Das bedeutet: Einzelarbeitsverträge (ausser wir können einen Gesamtarbeitsvertrag erkämpfen), reduzierter Kündigungsschutz, reduzierte Unterstützung am Arbeitsplatz, Verschlechterung der Arbeitszeiten und in aller Regel eine Vergrösserung des Lohngrabens zwischen unten und oben. Es bedeutet aber auch Unsicherheit, Stress und Druck.

Zwei Beispiele aus Winterthur. Trotz anders lautender Beteuerungen werden städtische Reinigungskräfte schleichend ausgelagert. So werden unter anderem der Superblock oder das neue Schulhaus Zinzikon von externen Reinigungskräften gereinigt. Die externen Reinigungskräfte reinigen für 17 bis 19 Franken die Stunde (brutto!), es werden keine Anfahrtswege oder ähnliches vergütet. Die Mitarbeitenden erhalten in der Regel keine Festanstellung und arbeiten auf Abruf. Um die Reinigungsaufträge zu erhalten, werden die Reinigungszeiten gedrückt, was zum Effekt hat, dass die Reinigungskräfte drei Stunden arbeiten, aber nur für zwei bezahlt werden (der Stundenlohn liegt dann noch bei 11 bis 13 Franken). Kurz, wir – die Stadt Winterthur – sparen zulasten von Menschen, die ohnehin sehr wenig haben.

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Der TISA-Vertrag enthält Klauseln mit der Bezeichnung «Standstill» oder «Ratchet». Diese Klauseln sollen bei der sogenannten Inländerbehandlung («National Treatment») zur Anwendung kommen. «Standstill» bedeutet, dass eine bestehende Regulierung nicht mehr verschärft werden darf, gemäss «Ratchet» ist jede spätere Deregulierung unumkehrbar.

«National Treatment» ist beispielsweise dann verletzt, wenn man für ausländische Investoren den Kauf von Land und Immobilien erschwert. Die heutige «Lex Koller» ist so eine Beschränkung. Dieses Gesetz hat zum Ziel, die Spekulation mit Boden und Immobilien durch ausländische Investoren zu unterbinden. Dass die «Lex Koller» Schlupflöcher hat, zeigt sich an den massiv gestiegenen Wohnungsmieten. Bundesrätin Sommaruga hat vor einem Jahr angekündigt, die «Lex Koller» überarbeiten und verschärfen zu wollen. Wenn TISA unterzeichnet wäre, ginge dies nicht mehr: Die TISA-Standstill-Klausel verbietet jede Verschärfung der «Lex Koller».

In ihrer Ausgangsofferte hat die Schweiz den Energiebereich von TISA ausgenommen. Dank Wikileaks kennen wir aber ei-

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

www.vpod.ch
www.spwinti.ch
www.gruene-winterthur.ch

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Für die «demokratische Begleitung» wurde eine Spezialkommission des Gemeinderates eingesetzt. Es zeigt sich immer klarer – eine wirkliche Mitarbeit ist kaum erwünscht: Fragen werden offen gelassen, Bedenken heruntergespielt, alternative Vorschläge ignoriert. Stadtwerk weiss, wohin die Reise gehen soll.

Viele grundsätzliche Fragen bleiben nach wie vor offen, zum Beispiel nur schon diejenige nach den finanziellen Auswirkungen des Projekts: Wie gross ist der Wert der auszulagernden Infrastruktur? Welchen Einfluss hat die Auslagerung der enormen Vermögenswerte auf die Kreditwürdigkeit unserer Stadt? Ersetzen die in Aussicht gestellte Besteuerung und Dividende überhaupt die bisherigen Abgaben? Gerade das muss bezweifelt werden, gilt doch bei einer Aktiengesellschaft, dass Mehrwertsteuern, Bundessteuern und Dividenden zusätzlich erwirtschaftet werden müssen. Zulasten von wem wohl?

Wenn schon Markt, dann dort, wo Markt überhaupt stattfinden kann. Beim Netz von Wasser-, Strom- und Gasleitungen besteht ein solcher aber gar nicht. Wir müssen die Anschlüsse einfach haben, und wir wollen auch nicht aus einem Leitungsangebot unter den Strassen wählen können. Gleiches gilt für die Bereiche Wasser, Haushaltstechnik oder Kehricht. Mit einer Auslagerung wird die Grundversorgung einer privatwirtschaftlichen Organisation übergeben. Es ist illusorisch zu meinen, hier zähle dann einzig das Wohl der Bevölkerung. Wir kennen den

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Für Heiniger und Co. kam nun die lang ersehnte Gelegenheit, die öffentlich-rechtlichen Spitäler ganz aus der Verantwortung des Kantons zu entlassen. Seine Hauptbegründung dafür: Der Kanton stehe hier in einem Rollenkonflikt, als Auftraggeber für die Gesundheitsversorgung einerseits und dem Betrieb eigener Spitäler andererseits. Es fragt sich nur, wo da der Rollenkonflikt wirklich liegt, denn mit dieser Argumentation müssten beispielsweise die Volksschule, die Polizei und die Gefängnisse privatisiert werden. Warum soll in der Gesundheitsversorgung nicht möglich sein, was in der Bildung und der Sicherheit selbstverständlich ist? Der wahre Grund liegt ganz woanders: Neoliberale Ideologie, dass auch im Gesundheitswesen der Markt alles besser und erst noch billiger macht.

Wie weit es Regierungsrat Heiniger mit der Privatisierung der Spitäler und Kliniken im Kanton Zürich bringen will, zeigt sich am Gesetzesentwurf zur Umwandlung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) in eine AG. Hier ist Heiniger gar Privatisierungsturbo für die ganze Schweiz: Er plant nicht nur eine AG, sondern zielt darauf ab, nach einer Sperrfrist von zwei Jahren die Aktienmehrheit des Kantons an Dritte – zum Beispiel private Spitalkonzerne – zu verkaufen! Dieses Vorhaben ist so einmalig in der Schweiz. Zwar gibt es mittlerweile einige öffentliche Spitäler in der Rechtsform einer AG, aber diese sind zu 100% im Besitz der öffentlichen Hand. Dasselbe plant der Gesundheitsdirektor mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur (IPW).

Die Diskussion über die Privatisierung des Stadttheaters ist schon lange im Gange und eine Lösung noch immer nicht in Sicht. Aufgrund dieser Situation wurde der aktuelle Leiter ursprünglich nur befristet engagiert. Mitarbeitenden, die wegen Pensionierung, Krankheit oder Kündigung ausgefallen sind, wurden nicht oder zögerlich ersetzt. Investitionen werden nur die notwendigsten getätigt. Man hat sich darauf vorbereitet, dass das Stadttheater in der aktuellen Form nicht mehr existieren wird. Diese Situation dauert nun seit drei Jahren an. Es fällt nicht schwer sich vorzustellen, dass die Verunsicherung und die Zukunftssorgen der Mitarbeitenden ständig zunehmen.

Die Stadt Winterthur, ja – wir, hat eine Verantwortung gegenüber jenen Menschen, die für die Stadt Winterthur arbeiten. Diese Verantwortung haben wir wahrzunehmen, wenn wir städtische Arbeitsplätze privatisieren. Mit Gesamtarbeitsverträgen und mit harten Kontrollen. Jede Privatisierung hat ihre dunkle Seite. Schauen wir genau hin!



nen grossen Teil der Verhandlungstexte. Zu TISA soll es einen «Annex» zum Energiebereich geben – und dieser wird direkt auf jedes Land anwendbar sein, auch wenn der Energiesektor vom Hauptabkommen ausgenommen wäre. In einem Annex-Entwurf ist zu lesen, dass alle Energieträger gleich behandelt werden müssen, Atomenergie und Wasserkraft wären gleich zu behandeln – Atomausstieg ade, Schluss auch mit der Förderung von Solar- und Windenergie.

Im Annex zur Telekommunikation kann man lesen, dass die Regulierungsbehörde keine Anteile an Telecom-Unternehmen besitzen darf. Das ist in der Schweiz der Bund – die Swisscom müsste mit TISA vollständig privatisiert werden, ebenso die Post. Nicht auszudenken, welche Folgen in anderen Bereichen des Service public zu erwarten wären.

TISA ist eine akute Gefahr für viele Bereiche des Service public – deshalb sagt der VPOD NEIN zu diesen Geheimverhandlungen.



Stefan Giger,
Zentralsekretär VPOD



www.vpod.ch
www.spwinti.ch
www.gruene-winterthur.ch

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Mechanismus: In guten Zeiten kann der Gewinn abgeführt werden, in schlechten wird die Stadt so oder so für diese Aufgaben gerade stehen müssen. – Alpiq und Xpo mit ihren AKW's lassen grüssen.

Die Stadt hat unbestritten die Aufgabe, diese Service-public-Dienstleistungen zuverlässig zu gewähren: Wir wollen dabei weder uns selber noch das Personal bei Stadtwerk zum Spielball privater Interessen machen.



Christoph Baumann,
Gemeinderat und Co-Präsident der SP Winterthur

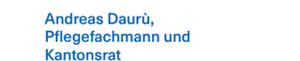
Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Die Grundversorgung im Gesundheitswesen ist aber ein Grundpfeiler des Service public. Sie soll sowohl von der öffentlichen Hand gesteuert als auch angeboten werden. Wir wollen auch in Zukunft eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung für alle und nicht nur für risikoarme, lukrative oder privat versicherte Patientinnen und Patienten, welche den zukünftigen Aktionären unserer Spitäler vor allem Kapitalgewinne versprechen.

Ein Beispiel dafür zeigen erste Entwicklungen aus Deutschland: Die vor einigen Jahren privatisierte Uniklinik Marburg-Giessen, welche nun dem Röhn-Konzern gehört, reduzierte nach der Übernahme ständig das Personal bei gleichzeitiger Zunahme von Patientinnen und Patienten mit komplexen, aber lukrativen Eingriffen. Die Pflege und die Ärzte stehen dort nun täglich am Limit, die Ausbildung von Fachpersonal bzw. Forschung und Lehre drohen unterzugehen. Röhn-Klinik-Gründer Eugen Münch spricht dabei offen vom «Cash Cow-Segment der lukrativen Patienten».

Lassen wir es nicht so weit kommen, verhindern wir die Privatisierung unserer öffentlichen Spitäler!



Andreas Daurü,
Pflegefachmann und Kantonsrat

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur



Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Kein Ausverkauf des Service public – auch nicht in Winterthur!

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Service public sind alle Dienstleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden für die Versorgung der Bevölkerung mit standard-mässiger Infrastruktur. Service public ist das Gut von uns allen, ohne Profit für wenige, einzig im Dienste der Gesellschaft. Direktdemokratisch gesteuert, kontrolliert und ausgestaltet. Als Basis des Rechtsstaates, der auf die Menschenrechte baut.

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Stadtgrün – mehr als Blumen für Winterthur

Im Frühling 2013 wurde von einer bürgerlichen Mehrheit des Grossen Gemeinderates die Motion «Verzicht auf die Stadtgärtnerei als eigenständige Organisations-einheit» eingereicht. Sie fordert, dass alle Aufgaben der Stadtgärtnerei, die nicht zu den Kernaufgaben der Stadtverwaltung gehören, an private Unternehmen ausgelagert werden. Im Klartext würde dies bedeuten, dass ein grosser Teil der Stadtgärtnerei privatisiert wird und somit viele und wertvolle städtische Arbeitsplätze verloren gehen.

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Versorgungsauftrag und Nachhaltigkeit gewährleisten

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Nicht nur Stadtwerk Winterthur soll ausgelagert werden, die rechtsbürgerlichen Parteien im Gemeinderat haben auch bezüglich der städtischen Alterszentren einen Vorstoss zur Privatisierung eingereicht. Hier wie dort geht es letztlich um einen zentralen Versorgungsauftrag in der Gesellschaft.

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur



Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Ein gut ausgebauter Service public ist die Grundlage für Chancengleichheit und Wohlstand. Für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zentral ist der erschwingliche, qualitativ hochstehende Zugang für alle zu elementaren Dienstleistungen wie Bildung, Kultur, Information, Gesundheits- und soziale Dienste, Post, Telekommunikation, Energie, Wasserversorgung, öffentlicher Verkehr, Entsorgung usw.

Mit einer gezielten Steuer- und Lohnpolitik wird aber der Service public zerschlagen und eine Umverteilung zugunsten der Reichsten etabliert. Im Kanton Zürich besitzen 2,2% der Reichsten gleich viel wie die übrigen 97,8%! Grosszügig wurden Grossunternehmen und Reiche mehrmals steuerlich entlastet – aktuell mit der Unternehmenssteuerreform III.

Die fehlenden Steuereinnahmen reissen Löcher in die Staatskasse. Mit bürgerlichen Sparprogrammen werden – nicht nur im Kanton Zürich – Leistungen gekürzt oder gleich gestrichen. Öffentliche Güter sollen ausgelagert oder privatisiert und damit der Allgemeinheit entzogen werden. Frech wird mit der Notwendigkeit des unternehmerischen Spielraums im globalisierten Markt statt langwierigen demokratischen Entscheidungswegen argumentiert. Ganz in der Idee der Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA, die den ganzen Service public ausverkaufen wollen.

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Im Januar dieses Jahres sind nun die Stadtgärtnerei und der Forstbetrieb zusammengeführt worden. Mit dem Verzicht auf einen Chefbeamtenposten und mit der Zusammenlegung der Administration können so jährlich Fr. 250 000.– eingespart werden. Die bürgerliche Mehrheit ist nicht zufrieden mit der aktuellen Situation und betitelt die Lösung als Nebelpetarde. In einer dreijährigen Testphase wird die Grünpflege von 30 Objekten an Private ausgelagert. Sollte sich die Auslagerung bewähren und billiger sein als Eigenleistungen, sind weitere Auslagerungen möglich. Bereits heute wird von den fünf bestehenden städtischen Friedhofsanlagen nur noch der Friedhof Rosenberg durch Stadtgrün gepflegt. Alle anderen Friedhöfe werden von privaten Gartenbau-firmen unterhalten. Damit wurde bereits ein Teilbereich ausgelagert.

Von weiteren Auslagerungsabsichten sind nicht nur die Mitarbeitenden von Stadtgrün betroffen. Auch ökologische Standards können unter solchen Bedingungen kaum mehr aufrechterhalten werden. Private Firmen wollen mit möglichst geringem Aufwand einen hohen Gewinn erzielen. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage und der Tatsache, dass von Privaten auch noch die Mehrwertsteuer gedeckt werden muss, kann das nur heissen, dass die Löhne der Angestellten wie auch die Qualität der Arbeit noch mehr unter Druck kommen. Schliesslich: Dass unter solchen Bedingungen von Privaten gleich viele Arbeitsplätze wie heute für Beeinträchtigte angeboten werden können, ist kaum anzunehmen.

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Bei ersterem ist es die Infrastruktur für unsere Wasser- und Energieversorgung, bei zweiterem geht es um die Sicherstellung des Generationenvertrages in der Gesellschaft. Unsere Verantwortung kann und darf sich nicht darauf beschränken, dass der einzelne seine AHV- und Krankenkassen-Beiträge bezahlt. Es muss auch gewährleistet werden, dass die Unterbringung und Pflege unserer älteren Mitbewohner unter sozialen und würdevollen Bedingungen für alle stattfinden kann. Dies entspricht dem Gedanken der gesellschaftlichen Nachhaltigkeit. Keinesfalls darf bei den Alterszentren ein Prozess in die Wege geleitet werden, bei dem die öffentlichen Beiträge für die Alterspflege privaten, auf Rendite für ihre Aktionäre schielenden Gesellschaften «nachgeschossen» werden. Damit riskieren wir eine 2-Klassen-Struktur, bei der nur noch jene genügend Leistungen erhalten, die sie vor Ort selbst bezahlen können. Wer mit wenig Einkommen und Kapitalreserven alt wird, könnte – trotz lebenslangem Einzahlen von Beiträgen – leicht marginalisiert werden.

Analog muss bei einer allfälligen Auslagerung von Stadtwerk zuverlässig gewährleistet werden, dass a) der Versorgungsauftrag für Wasser und Energie weiterhin gesichert und b) die ökologische Nachhaltigkeit der Energieversorgung auch künftig gewährleistet bleibt. Auch hier hat die Öffentlichkeit direkt oder indirekt via ihre Vertreter in der Politik ihre Verantwortung wahrzunehmen. Für jede Form einer Verselbständigung von Stadtwerk muss minimal und zwin-

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur



Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Monopolaufgaben und rentable Leistungen des Service public sind für private Anbieter interessant – fette Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert. Die aktuelle AKW-Debatte zeigt's drastisch. Die Bevölkerung verliert die Steuerung, die Angestellten müssen schlechtere Arbeitsbedingungen verkraften – profitieren tut das Management! Nicht rentable Zweige werden gekappt und beim Unterhalt wird gespart wie beispielsweise bei der britischen Railtrack. In der Schweiz zeigt sich ähnliches mit unterfinanzierten Spitalern oder Beitragskürzungen bei Alters- und Pflegeheimen.

Öffentliche Aufgaben sind von öffentlichen, demokratisch kontrollierten Betrieben auszuführen. Der VPOD lehnt Privatisierungen und eine Zergliederung des Service public ab und setzt sich für eine homogene, staatlich-demokratische Struktur ein. Natürliche Monopole und ihre Gewinne gehören allen und deshalb zum Gemeinwesen. Winterthur will nun essenzielle Bereiche der Grundversorgung auslagern bzw. privatisieren: beispielsweise das Kantonsspital, die integrierte Psychiatrie, die Stadtwerke inklusive Energie- und Wasserversorgung. Gegen diesen Ausverkauf müssen wir Widerstand leisten!



Katharina Prelicz-Huber,
Präsidentin VPOD

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

Dass eine Teilauslagerung auch finanziell keinen Nutzen bringt, beweist zum Beispiel die Stadt Dübendorf. Nach dem Zusammenzug des Tiefbauamtes musste deren Stadtgärtnerei ihre Pflanzenproduktion wegen Platzmangels aufgeben. Pflanzen für den Friedhof hatte sie aus Kapazitätsgründen bereits vorher aus Privatgärtnereien bezogen. Nun kommen die Pflanzen für die Grünanlagen dazu. Gemäss Stadtgärtnerei Dübendorf bleiben die Auslagen unter dem Strich gleich.

Winterthur ist eine Gartenstadt mit wunderschönen Hügellandschaften, Wäldern und Landwirtschaftsflächen. Unsere Aufgabe ist es, zu diesem kostbaren Gut Sorge zu tragen. Weitere Auslagerungen bedeuten für Winterthur einen Qualitätsverlust, sowohl in personeller als auch ökologischer Hinsicht.



Renate Dür,
Gemeinderätin Grüne Winterthur

Die Privatisierung von Stadtwerk Winterthur

gend sichergestellt bleiben, dass Strategie (zum Beispiel für die Energiewende) sowie Leistungsauftrag (zum Beispiel für die Versorgung) in der politischen Ebene verankert bleiben. Es darf keinesfalls ein Verkauf der Grundversorgungsleistungen sowie Infrastruktur (Leitungen, Werke usw.) an renditeorientierte Kapitalgesellschaften stattfinden.



Reto Diener,
Gemeinderat und Präsident Grüne Winterthur

David Arnold,
Netzelektriker

Susanna Hinder,
MPA und Hauspflegerin (EFZ)

Seit zehn Jahren arbeite ich für Stadtwerk Winterthur. Das Stadtwerk arbeitet im Dienst der Bevölkerung unserer Stadt und ist in erster Linie dafür besorgt, unsere gesellschaftlichen Grundbedürfnisse nach Strom, Gas und Wasser zu decken. In unserem Sinne möglichst nachhaltig, sicher und zu einem vernünftigen Preis. Die notwendige Infrastruktur wird selbst betrieben, unterhalten, instand gestellt, saniert und erweitert. Darum ist unser Betrieb ein Stadtbetrieb, der uns allen gehört und bei dem wir mittels Stadtrat und Parlament Einfluss nehmen können. Als städtischer Betrieb ist Stadtwerk eine zuverlässige Arbeitgeberin und wir wollen, dass dies so bleibt. Stadtwerk hat nicht nur Netze, sondern auch Produktionsanlagen in verschiedenen Energiebereichen. Es ist aus meiner Sicht unnötig, das Strom-, Gas-, Wasser- und Glasfasernetz, die Kehrichtverbrennungs- sowie die Abwasserreinigungsanlage zu privatisieren. Diese Netze haben ein natürliches Monopol. Ich denke, es braucht eine Kehrtwende, weg vom Abbau hin zu einer Stärkung des Service public. Wir müssen die Strom- und Energiezukunft sichern, damit die Grundversorgung in unserer Stadt weiterhin bezahlbar und sicher bleibt.

Seit bald 14 Jahren arbeite ich in der Spitex Oberwinterthur, anfänglich mit einem kleinen Pensum, während der Ausbildung zur Hauspflegerin. Anschliessend meistens 80%. Das Ziel der städtischen Spitex ist es, den Menschen das Leben in der eigenen Wohnung und Umgebung mit möglichst viel Autonomie zu ermöglichen und so den gewohnten Lebensrhythmus zu erhalten. In den letzten zehn Jahren ist der Kostendruck stark zunehmend. Leider bekommen wir dies alle zu spüren. Es ist mir ein grosses Anliegen, die Menschen zu Hause nach ihrem Bedarf und möglichst individuell pflegen, begleiten und betreuen zu können. Es braucht eine professionelle Beziehung, genügend Personal und eine gute Organisation, um eine vertrauensvolle Pflege anbieten zu können. Die Wertschätzung durch die Bereichsleitung ist für das Personal sehr wichtig. So können wir motiviert und engagiert unsere Arbeit umsetzen. Stetige Weiterbildungen sind sehr wichtig, damit die Mitarbeitenden immer auf dem neusten Stand des Wissens sind. Die städtische Spitex sorgt dafür, dass alle unabhängig vom Portemonnaie und der Pflegesituation eine professionelle und vertrauensvolle Pflege erhalten. Die städtische Spitex ist für alle da und nicht nur für die lukrativen Fälle. Ich möchte mich weiterhin mit aller Kraft für eine gute, professionelle und menschenbezogene Pflege einsetzen.



HOT PRICE